

Schulen, die kostenlos sind und ein höheres Ausbildungsniveau besitzen, zu ermöglichen. In Hangzhou, Hauptstadt der ostchinesischen Provinz Zhejiang, wird mit Hilfe technischer Unterstützung versucht, das Niveau der Migrantenschulen anzuheben. Im südchinesischen Guangzhou (Provinz Guangdong) kauft die Stadt Privatschulen und wandelt sie in öffentliche um. (ST, 10.1.07; SCMP, 10.1.07; IHT, 25.1.07)

Gesellschaft

Günter Schucher

Landwirtschaft bleibt offiziell „No. 1“

Das erste zentrale Dokument, gemeinsam herausgegeben vom ZK der KPCh und vom Staatsrat, ist auch in diesem Jahr – zum vierten Mal in Folge – der Landwirtschaft gewidmet. Nachdem im Jahr 2004 die Steigerung der ländlichen Einkommen, 2005 die Produktionskapazität und 2006 die Schaffung eines „neuen sozialistischen ländlichen Raumes“ im Mittelpunkt der Dokumente standen, geht es diesmal um die Modernisierung der Landwirtschaft. Regierung und Partei wollen größere Anstrengungen unternehmen, um die Qualität der landwirtschaftlichen Produkte, die technologische Ausstattung in der Landwirtschaft und der ländlichen Industrie und damit auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Landwirtschaft zu verbessern.

Nach Schätzungen werden mit jedem 10.000 USD ländlicher Produkte, die exportiert werden, direkt oder indirekt ca.

20 Arbeitsplätze geschaffen. D.h. die Landwirtschaft hat, entsprechend dem Exportvolumen im Jahr 2005, rund 54 Mio. Arbeitsplätze geschaffen. Allerdings steht sie auch unter erhöhtem Druck, da die Unterstützung seitens Technologie und Wissenschaft schwach und die Infrastruktur rückständig sind. Außerdem schaden immer neue Lebensmittelskandale, die auf unzureichende epidemische Kontrolle hindeuten, dem Export.

Die chinesische Regierung will im dritten Jahr in Folge mit zusätzlichen Investitionen Abhilfe schaffen. Von 2003 bis 2006 hat sie 139,3 Mrd. USD in den Aufbau der Landwirtschaft und die Entwicklung der Bauern investiert. Auch die Mittel für Bildung, Gesundheit und Kultur im ländlichen Raum sollen anwachsen. Das Dokument appelliert dabei auch an die lokalen Regierungen, Einnahmen aus dem Verkauf von Landrechten für die Modernisierung der Landwirtschaft zu verwenden. Der Erfolg dieses Appells dürfte jedoch zweifelhaft sein. Auch Aussagen aus dem Ministerium für Land und Ressourcen, die Rechte der Bauern stünden im Zentrum der Reform, werden unerfüllt bleiben, solange die Eigentumsrechte am Land nicht geregelt sind und Lokalregierungen das Land ohne Berücksichtigung der bäuerlichen Interessen für Entwicklungsprojekte verkaufen können.

Konflikte um Landnahmen sind daher an der Tagesordnung. Die *South China Morning Post* berichtete von einem ehemaligen Parteichef im Dorf Pangzhuang in der Provinz Shandong, Pang Shaohai, der sich dem Plan der übergeordneten Township-Regierung zur Abgabe des Landes an eine

Industriezone im Jahre 2001 widersetzte und daraufhin verhaftet sowie später in einem Arbeitslager zum Krüppel wurde. Das Land wurde 2003 für über eine Mio. CNY verkauft, die Industriezone steht immer noch halb leer. Der gleichen Zeitung zufolge wurden im Dezember 2006 mindestens 17 Bewohner aus dem Dorf Xichong in der Stadt Shunde in Guangdong von der Polizei verhaftet, als sie zu einer Diskussion mit der Entwicklungsgesellschaft kamen. Bei den anschließenden Auseinandersetzungen nahmen aufgebrachte Dorfbewohner den Sohn und die Frau von Dorfkadern als Geiseln. Sie fordern höhere Kompensationen und beklagen, das Land sei unter Wert verkauft worden. Bereits im Vormonat sollen drei Bewohner im Dorf Dongzhou, Shanwei, erschossen worden sein, als die Polizei den Tempel stürmte, in dem sie sich mit acht Beamten als Geiseln verschanzt hatten.

Als eines der größten sozialen Probleme auf dem Lande kann somit weiterhin gelten, dass die Bauern nicht an den Gewinnen der Landverkäufe und der beschleunigten Urbanisierung partizipieren. Auch die Abschaffung der Landwirtschaftsteuer hat hier nur bedingt finanzielle Erleichterung geschaffen. Die Erarbeitung eines neuen Mechanismus für die Klärung der Eigentumsfragen und die Sicherung der Rechte der Bauern steht daher im Mittelpunkt eines auf vier Jahre ausgelegten Projektes, das die UNDP gemeinsam mit dem Ministerium für Land und Ressourcen, dem China Institute of Reform and Development und dem Handelsministerium begonnen hat. Mit Mitteln in Höhe von fünf Mio. USD wird in acht Pilotprovin-

zen mit 400 Mio. Menschen aus ländlicher Bevölkerung gearbeitet. (XNA, 20.12.06, 29., 30.1.07; DGB, 7.12.06, nach BBC PF 8.12.06; SCMP, 2.12.06, 15.1.07)

Ausbruch der Vogelgrippe?

In Folge der Versuche, den Ausbruch von SARS im Jahr 2003 zu verschweigen und später auch Fälle von Vogelgrippe nicht zu melden, wird der chinesischen Regierung in ähnlichen Fällen auch weiterhin großes Misstrauen entgegen gebracht. Hongkonger Medien meldeten z.B. Mitte Januar 2007, im Volkskrankenhaus Nr. 8 in Guangzhou seien Dutzende von Patienten isoliert, die entweder an Vogelgrippe oder an SARS litten. Chinesische Gesundheitspolitiker dementierten dies vehement. Schon Anfang Dezember war die chinesische Regierung von dem Hongkonger Grippeexperten Dr. Guan Yi angeklagt worden, sie hätte durch ihre Politik eine resistente H5N1-Variante erzeugt, den Fujian-artigen H5N1-Strang, der erst jetzt in fast allen Geflügelbeständen identifiziert wurde und für die menschlichen Infektionen in Südchina verantwortlich sei. Auch diesen Vorwurf wies die chinesische Regierung weit von sich und wurde dabei von der WHO unterstützt. Der Strang könne auf den 2004 identifizierten H5N1-Virus zurückgeführt werden.

Die Vorwürfe erhalten eine zusätzlich Brisanz, nachdem die Vogelgrippe in Südkorea wieder ausgebrochen ist und Fachleute mit Sorge auf die erhöhte Reisetätigkeit rund um das chinesische Neujahrsfest am 18. Februar schauen. In Hongkong wurde ebenfalls Anfang Januar ein Wildvogel positiv getestet. Und China meldete die WHO am 9. Januar die Infektion eines Bauern an

Vogelgrippe in der Provinz Anhui. Hier lobte die WHO die schnelle Informationspolitik von Zentral- und Provinzregierung. (ST, 9.12.06, 23.1.07; RTHK Radio 3, 4.1.07, nach BBC PF, 5.1.07; SCMP, 10.1.07; *The Economist*, 27.1.07, S.48)

Besorgnis um Einkommenskluff

In China nimmt nicht nur messbar die Einkommensungleichheit zu – der Gini-Koeffizient ist inzwischen auf 0,496 gestiegen (von 0,45 im Jahre 2005) –, auch die neuen Mittelschichten zeigen sich zunehmend besorgt über die Entwicklung. In einer Umfrage von *China Youth Daily* und Sina.com zeigten sich fast 90% der 10.250 Interviewten alarmiert durch die Entwicklung und 80,7% forderten eine Korrektur der Ungleichheit. Zugleich befürchteten 95% der Befragten, dass ein gute Ausbildung und das Beherrschen von fremden Sprachen nicht unbedingt zur Verbesserung der Einkommenssituation führen.

Ausdruck der gestiegenen Besorgnis ist auch die sinkende Zahl von Familien, die sich selbst zur Mittelschicht zählen – trotz eines rasanten Wirtschaftswachstums. Eine Untersuchung der Chinese Academy for Social Sciences (CASS) zufolge, die diese von März bis Juli 2006 unter 7.140 Familien durchführte, erklärten 39,6% ihre Zugehörigkeit zur Mittelschicht; im Jahr 2002 waren dies noch 46,9% gewesen. Auch die Zahlen derjenigen, die sich zur oberen Mittelschicht oder zur Oberschicht zählen, ist im gleichen Zeitraum von 12% auf 5,9% gefallen. Zugleich stieg die Zahl derjenigen in der Unterschicht und unteren Mittelschicht von 41,1% auf 53,6%.

Die Wissenschaftler der CASS mahnen die Führung zur Achtsamkeit gegenüber diesem Trend, der sowohl die tatsächlich gestiegene Ungleichheit als auch das reale Absinken der Niedrigeinkommen widerspiegelt. So verdienen die obersten 20% 18 mal mehr als die untersten und sie besitzen sogar 72,4% der Eigentumswerte. Die reichsten 10% der chinesischen Familien besitzen damit über 40% aller privaten Werte, die ärmsten 10% weniger als 2%. Und der Immobilienboom ist ungebrochen, trotz steigender Preise. Zugleich sind die durchschnittlichen Einkommen der untersten 10% der Einkommensbezieher in China von 2001 bis 2003 nach Weltbankangaben real um 2,4% gesunken (vgl. C.a., 6/2006).

Auch die Mittelschichten klagen über steigende Ausgaben, vor allem im Wohnungsbau, Gesundheits- und Bildungsbereich. Die durchschnittlichen Wohnungspreise schnellten laut Statistikbüro im Jahr 2004 um 14,4% in die Höhe, die Kosten für medizinische Behandlung stiegen dem Gesundheitsministerium zufolge von 1998 bis 2003 um 85% in den Städten und um 103% auf dem Lande und für die höhere Bildung geben nach einer Studie in Shanghai die städtischen Familien zwischen 10 und 25% ihres Haushaltseinkommens aus, in den Dörfern sogar über 30%.

Der Besserstellung der ländlichen Bevölkerung sollte die Abschaffung der Landwirtschaftssteuer im letzten Jahr dienen. Sie soll die Belastung der Bauern um rund 50 Mrd. CNY verringert haben. Auch sollen die Einkommen der Bauern im Jahr 2006 inflationsbereinigt um rund 6% gestiegen sein. Sowohl Ministerpräsident

Wen Jiabao also auch Staatspräsident Hu Jintao hielten sich zu Neujahr in Dörfern auf – der eine im Osten der Provinz Jiangsu, der andere in Nordhebei – um so ihre Unterstützung für die Getreidebauern zum Ausdruck zu bringen. Auch eine Stabilisierung der Getreidepreise, so Wen, wird die Einkommen der Bauern nicht beeinträchtigen. Zugleich will der chinesische Staat noch mehr gegen illegale Schulgebühren und unbezahlbare medizinische Kosten tun. Vor allem letztere haben in den vergangenen Monaten eine Kette von Protestaktionen im ganzen Land ausgelöst.

Positiv für die Einkommensentwicklung wäre nach Meinung chinesischer Wissenschaftler auch die landesweite Durchsetzung von Unterhaltsbeihilfen. Diese wurde auf einer zentralen Landwirtschaftskonferenz im Dezember erstmals angekündigt. Derzeit soll es in 2.400 der 2.862 Gemeinden Hilfe zum Lebensunterhalt geben, die 9,85 Mio. und damit 42% der armen Bauern erhalten. Rund 1.900 Gemeinden haben bis Ende 2005 eine Rentenversicherung eingeführt, an der über 54,4 Mio. Bauern beteiligt sind und von der über 6 Mio. alte Bauern profitieren. Die Bedeutung dieser Versicherung ergibt sich allein daraus, dass rund 60% der alten Menschen in China auf dem Land leben. Das kooperative System der Gesundheitsversorgung auf dem Lande soll in diesem Jahr nach Beschluss der o.g. Konferenz von 40% auf 80% des ländlichen Raumes ausgedehnt werden. Bildung soll für alle Schüler vom Land frei sein.

In den Städten wurde die Hilfe zum Lebensunterhalt im Jahr 2006 von 162 CNY auf 169 CNY angehoben. In 29 der

31 Provinzen, Städten und autonomen Regionen wurden außerdem neue Sätze zum Mindesteinkommen beschlossen. An der Spitze steht dabei Shenzhen mit 810 CNY, am unteren Ende die Provinz Jiangxi mit 270 CNY. In Shanghai, einer der teuersten Städte Chinas, wurde der Mindestlohn um 60 CNY auf 750 CNY erhöht. (XNA, 29.11., 1., 3., 18., 23., 25., 26., 27.12.06, 7., 12., 19., 20.1.07; ST, 19., 27.12.06, 4., 20.1.07; SCMP, 25., 26.12.06, 3.1.07)

Arbeitslosenrate noch stabil

Das chinesische Arbeitsministerium konnte Anfang Januar berichten, dass die Arbeitslosenrate Ende 2006 mit 4,1% gegenüber dem Vorjahr um 0,1% gesunken ist; im Jahr 2007 solle sie unter 4,6% gehalten werden. Optimistisch stimmt, dass das Ziel von 9 Mio. neuen Arbeitsplätzen im Jahr 2006 mit 10,8 Mio. bereits im November um 20% übertroffen wurde; die meisten neuen Jobs wurden im Privatsektor geschaffen. Dennoch ist es trotz anhaltenden Wirtschaftswachstums unwahrscheinlich, dass die Arbeitslosenrate in den nächsten Jahren sinken wird. Fachleute halten die Angaben, die sich nur auf die städtische Bevölkerung beziehen, ohnehin für zu niedrig, da sie die in öffentlichen Betrieben freigesetzten Arbeitskräfte, die offiziell noch zu den Unternehmen gehören und sich nicht als arbeitslos registrieren lassen, sowie Arbeitslose unter den Arbeitsmigranten vom Lande nicht mit einbeziehen.

Ein Vergleich aller dem Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte – neuer, entlassener und freigesetzter – mit dem Jobangebot deutet daher auf eine große Lücke hin, für

die von den Ministerien (Arbeit und Soziales, Landwirtschaft, Bildung) und den Fachleuten (vor allem der CASS, Chinese Academy of Social Sciences) allerdings unterschiedliche Schätzungen vorliegen. Arbeitsminister Tian Chengping warnte z.B., dass bis Ende 2008 rund 7,6 Mio. Arbeiter aus staatseigenen Unternehmen wegen Privatisierungen oder Bankrotten freigesetzt werden. Die CASS geht hier von über 5 Mio. bereits Freigesetzten und weiteren 3,6 Mio. in den nächsten drei Jahren aus. Für das Jahr 2007 werden über 25 Mio. Arbeitssuchende vorhergesagt, darunter 8,7 Mio. Schulabgänger und die 5 Mio. Freigesetzten. Das Arbeitsministerium geht von 16 Mio. Anstellungen aus, wovon jedoch nur 9 Mio. neue Jobs sind; 5 Mio. Freigesetzte sollen wiederbeschäftigt werden und 1 Mio. Jobs sollen speziell für schwer vermittelbare Männer über 50 und Frauen über 40 eingerichtet werden. Dies wäre ein Erfolg für die aktive Beschäftigungspolitik des Ministeriums, die sich gezielt um Freigesetzte kümmert und mit Hilfe von beruflichem Training schwer Vermittelbaren, darunter auch Arbeitsmigranten vom Lande, den Einstieg erleichtern will.

Die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage bleibt dennoch groß. Arbeitsminister Tian spricht von 13 Mio. Die Cass geht von über 15 Mio. aus, da sie nur mit 10 Mio. neuen Jobs rechnet. Am härtesten betroffen von der Jobknappheit sind die Regionen in West-, Zentral- und Nordost-China. Bis zum Jahr 2010 hofft das Ministerium auf eine Lücke von nur 10 Mio., Wirtschaftswissenschaftler schätzen 25 Mio.

Rund 30% der Arbeitslosen sind junge Menschen unter 35 Jahren, so ein Be-

richt des China Youth and Children Research Center. Dies ist natürlich vor allem auf den stetigen Zustrom von rund 10 Mio. jungen, arbeitsuchenden Menschen pro Jahr zurückzuführen. Auch die steigende Zahl von Hochschulabsolventen sei ein Faktor, für das Jahr 2007 wird mit 4,95 Mio. Absolventen gerechnet. Schon im Jahr 2006 hatten nach Angaben des Bildungsministeriums 1,24 Mio. Absolventen nach dem Ende ihres Studiums keinen Job, rund 1,49 Mio. neue könnten es im Jahr 2007 werden. Versuche der Regierung, sie zur Annahme von Jobs auf dem Lande zu bewegen, sind praktisch gescheitert. Eine Umfrage unter 2.560 Absolventen in der Provinz Hubei ergab, dass kein einziger „an die Basis“ gehen wollte, da die Lebens- und Arbeitsbedingungen dort hart seien und das Einkommensniveau nicht den hohen Bildungsinvestitionen entspreche. Eine dritte Gruppe sind die Arbeitsmigranten. Unter den geschätzten 150 bis 200 Mio. ländlichen Arbeitskräften, die potenziell Jobs im nichtlandwirtschaftlichen Sektor suchen werden, sind die meisten jungen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren. Bis zum Jahr 2010 rechnet das Arbeitsministerium mit 45 Mio. Menschen, die zur Arbeitsaufnahme vom Lande in die Städte kommen.

Zur Kontrolle dieser Ströme und zum besseren Schutz der Arbeitnehmerrechte fordert das Arbeitsministerium alle Arbeiter und speziell die Arbeitsmigranten auf, ihre Arbeitsverträge ab diesem Jahr bei den Arbeitsbehörden registrieren zu lassen. So soll auch illegale Beschäftigung verhindert werden. Bis Ende 2008 soll landesweit ein Registrierungssystem geschaffen (und

eine Job-Datenbank eingerichtet) werden, sodass alle Arbeitgeber – unter Strafandrohung – ihre Beschäftigungsverhältnisse registrieren lassen müssen. Seit der Vorlage des Entwurfs zu einem Arbeitsvertragsgesetz scheinen die Behörden verstärkt entsprechende Kontrollen vorzunehmen. Laut Ministeriumsangaben haben 83,9% aller Beschäftigten Arbeitsverträge unterzeichnet. Unklar ist jedoch, ob tatsächlich „alle“ Beschäftigten gemeint sind, also auch Migranten und Angestellte in Privat- und ausländischen Betrieben. Eine Studie des Frauenverbandes ACWF (All China Women's Federation) geht nämlich davon aus, dass rund 50% der weiblichen Migranten und 40% der männlichen keinen Arbeitsvertrag unterzeichnet haben – und damit auch keinen Arbeitsschutz genießen. Nur 23,8% der Frauen haben danach eine Krankenversicherung, nur 19,1% eine Unfallversicherung und nur 15,8% Zugang zur Rentenversicherung. Eine Berechtigung für Arbeitslosenunterstützung und Mutterschaftsversicherung haben nur 8,1% bzw. 6,7%. 30% der Migranten seien Frauen. (WSJ, 18.1.07; XNA, 8., 10., 20., 23.12.06, 10., 11., 12., 20.1.07; SCMP, 30.11., 8., 16., 24.12.06; ST, 5.12.06)

Klimawandel und Umweltzerstörung

China, nach den USA der weltweit zweitgrößte Emittent, ist nach Aussagen des Außenministeriums nicht bereit, seine Emissionen von Treibhausgasen zu reduzieren; dies sei in der Verantwortung der Industriestaaten. China ist zwar Unterzeichnerstaat des Kyoto-Protokolls, aber als Entwicklungsland nicht zu Reduktionen der

Emissionen verpflichtet. Die Mitteilung des Außenministeriums überrascht nicht nur, weil der Leiter des chinesischen Wetteramtes, Qin Dahe, der an dem Weltklimabericht mitarbeitete, zugleich beteuerte, die chinesische Regierung werde den Energieverbrauch senken. Auch Nicholas Stern, früherer Chief Economist der Weltbank, hob im Dezember hervor, dass die chinesische Regierung in ihrem Fünfjahresprogramm (2006-2010) ein Commitment zum Energiesparen abgegeben habe und es in Klimafragen einen „sense of urgency“ in China gebe. Die Mitteilung verwundert umso mehr, als die Regierung seit Ende Dezember 2006 einen Klimabericht vorliegen hat, der von insgesamt 12 Ministerien verfasst wurde, darunter dem Ministerium für Wissenschaft und Technologie. Danach wird sich die durchschnittliche Jahrestemperatur in China in den Jahren 2000 bis 2050 um 3,3°C erhöhen. Im Norden wird es zwar mehr regnen, aber aufgrund der höheren Verdunstung wird die Wasserknappheit noch zunehmen. Die Getreideproduktion könnte bis zum Jahr 2030 oder 2050 um 10% sinken, wenn nicht passende Sorten und Anbaupraktiken gefunden werden.

Außerdem wird China häufiger von Taifunen und anderen extremen Wetterlagen heimgesucht werden. Im Jahr 2006 war nach Angaben chinesischer Medien das durchschnittlich wärmste Jahr seit 1951. Außerdem richteten Wetterkatastrophen wie die mindestens sechs Taifune, Überschwemmungen und Dürren große Schäden an, die nur von denen im Jahr 1998 übertroffen wurden, als der Yangzi über die Ufer trat. Die Angaben offizieller Stellen schwanken zwischen 2.704 und 3.186

Toten und ökonomischen Verlusten in Höhe von 212 bis 252 Mrd. CNY (27,2-34,6 Mrd. USD). Alarmierend sind auch Meldungen über einen unüblich warmen Winter in Tibet, wobei sich Wissenschaftler über die Folgen für die Gletscher der Region nicht einig sind.

Ein „Nationaler Plan zum Klimawandel“ befindet sich nach der Genehmigung durch die Regierung kurz vor der Veröffentlichung. Im Jahre 2006 allerdings habe China seine selbst gesteckten Umweltziele höchstwahrscheinlich verpasst, so der Vorsitzende der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission Ma Kai. Für Pan Yue, den stellvertretenden Vorsitzenden der Staatlichen Umweltschutzagentur SEPA, war 2006 das schlimmste Jahr für Chinas Umweltschutz. Statt zu sinken, stiegen viele Parameter wie die Menge ungeklärter industrieller Abwässer oder die Menge an Schwefeldioxyden. Die chinesischen Gewässer z.B. würden weiter schwer belastet. Die Hälfte des Grundwassers in den Städten sei verschmutzt. Von 222 Trinkwasserressourcen in 113 Großstädten erfüllten nur 72% nationale Standards.

Einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Yangzi River Water Resources Commission zufolge hat sich die Situation von Chinas „Mutterfluss“ in den letzten zehn Jahren dramatisch verschlechtert. 30 Mrd. Tonnen verschmutztes Wasser wurden allein im Jahr 2005 in den Fluss gepumpt – 50% mehr als noch 1998. Rund 27,5% des Flusswassers sind schwer verschmutzt und ungenießbar, im Jahr 1998 waren es noch unter 20%. Der seltene Yangzi-Delphin *Baiji* ist wahrscheinlich ausgestorben, jedenfalls konnten Wissen-

schaftler ihn nicht mehr auffindig machen. Auch der Gelbe Fluss soll ein Drittel seiner Fischarten verloren haben, die Fischfangmenge ist gegenüber dem früheren Durchschnitt um 40% gesunken.

Auch hier zeichnet der Bericht zum „Grünen BIP“ – auch nach Ansicht einzelner Autoren – wahrscheinlich ein geschöntes Bild; denn die Statistiken beruhen auf Angaben lokaler Regierungen und sind laut SEPA vielfach gefälscht. Lokalregierungen setzten außerdem die lokalen Umweltkontrolleure häufig unter Druck, um die Wirtschaft am Ort ungehindert weiter entwickeln zu können. SEPA verweist in diesem Zusammenhang hoffnungsvoll auf Pläne der Organisationsabteilung der KP Chinas, die Einhaltung von Umweltschutzbestimmungen künftig mit zum Bewertungskriterium für Lokalkader zu machen. Parteichef Hu Jintao unterstützte dies auf einer Politbürositzung im Dezember. Außerdem fordert die Agentur mehr Mitspracherechte für die Bevölkerung bei der Bewilligung von Entwicklungsprojekten. Dem Bericht zufolge war die Umweltverschmutzung im Jahr 2004 so stark, dass sie nur unter Einsatz von 3% des GDP hätte beseitigt werden können. Realistischer wäre allerdings laut Pan Yue eine Zahl von 8-13% des GDP – m.a.W., das chinesische Wirtschaftswachstum wird von der gleichzeitig entstehenden Verschmutzung wieder zunichte gemacht.

Die SEPA gilt im Allgemeinen als schwache Agentur. Sie selbst sieht sich durch die öffentliche Unterstützung gestärkt. Dem ersten chinesischen „environmental lifestyle index“ zufolge stehen Umweltfragen bei den Sorgen der Öffentlichkeit ganz weit oben. Über 40% der 4.500 Befrag-

ten setzten sie an erste Stelle, über 80% zeigten sich über Lebensmittelvergiftungen besorgt, ähnlich viele über Wasser- und Luftverschmutzung. Die Sorge um das größer werdende Ozonloch und die globale Erwärmung rangierte allerdings weit unten. SEPA erhielt nach eigenen Angaben im Jahr 2006 600.000 Beschwerden aus der Öffentlichkeit und spricht hinsichtlich des Umweltbereichs bereits von einer sich entwickelnden Zivilgesellschaft. Der Agentur wurden 161 Umweltverschmutzungen gemeldet, also ein Vorfall an jedem zweiten Tag. Sie suspendierte 163 Projekte mit einem gesamten Investitionsvolumen von 770 Mrd. CNY (96 Mio. USD). In vier hoch belasteten Städten (Tangshan in Hebei, Luliang in Shanxi, Liupanshui in Guizhou, Laiwu in Shandong) sollen künftig noch höhere Standards für die Bewilligung von Projekten angelegt werden; sie haben keine Kapazitäten mehr, weitere Umweltverschmutzung aufzunehmen. Allein Tangshan hat im letzten Jahr 70 neue Stahlwerke errichtet, von denen 80% die Umweltauflagen nicht erfüllen. Weiterhin wurden vier der fünf großen chinesischen Elektrizitätswerke auf eine schwarze Liste gesetzt, die von chinesischen Zeitungen veröffentlicht wurde. (FAZ, 12.1., 7.2.07; XNA, 11., 26., 28.12.06, 11.1.07; SCMP, 2., 11., 14., 18., 27., 29.12.06, 16., 19.1.07; ST, 2., 28.12.06, 8.1.07; WSJ, 31.12.06, 11.1.07; NZZ, 13.1.07; FT, 13.1.07)

Weißbuch zum Alter

In 20 Jahren wird China ziemlich alt aussehen und es scheint darauf wenig vorbereitet zu sein. Auch das Weißbuch zur „Entwicklung der Programme für alte Men-

schen in China“ (<http://www.china.org>), das am 12. Dezember präsentiert wurde, bietet hier keinen Ausweg an. Es zählt in sieben Abschnitten nur auf, was die Regierung bisher für die Alten getan hat (staatliche Politik, Alterssicherung, Gesundheitsversorgung, soziale Dienste, Kultur und Bildung, Partizipation, Rechte und Interessen). Dabei ist die Lage relativ ernst, denn seit dem Jahr 1999 kann die chinesische Gesellschaft als „alternd“ betrachtet werden. Im Jahr 2005 hatte das Land 144 Mio. Menschen, die älter als 60 waren, rund 11% der Bevölkerung (oder die Hälfte der alten Menschen in Asien). Diese Gruppe wird nach Schätzungen um 2015 rund 200 Mio. Menschen zählen und ab dem Jahr 2020 um jeweils über 100 Mio. in jeder Dekade wachsen bis sie im Jahre 2051 mit 437 Mio. oder über 30% der Bevölkerung das Maximum erreicht hat. Allein 16 Mio. Chinesen sind über 80 Jahre alt. 60% der Alten leben auf dem Lande und dieser Anteil wächst jedes Jahr um 850.000 und wird in 20 Jahren bei 120 Mio. liegen.

Problematisch ist die soziale Absicherung der alten Menschen. Die städtische Rentenversicherung umfasste Ende 2005 175 Mio. Menschen, davon 43,67 Mio. Rentner. Shanghai, wo fast 18% der Bevölkerung über 60 Jahre alt sind, hat als erste Stadt eine Grundrente eingeführt, die für alle Rentner Abhilfe schafft, die vorher nicht in die Rentenversicherung einbezogen waren, Selbständige und vor allem Frauen. Aber auf dem Land sind viele der Alten noch von ihren Kindern abhängig. Sind diese aber auf der Suche nach Arbeit in die Städte abgewandert, dann fehlt es ihnen an Mitteln. Allein in Beijing haben

über 2.000 Eltern in den ländlichen Gebieten ihre Kinder wegen fehlender Unterstützung verklagt. Problematisch ist auch die Gesundheitsversorgung auf dem Land. In Pilotprogrammen wird seit dem Jahr 2003 ein System kooperativer Gesundheitsversorgung aufgebaut, an dem bis Juni 2006 1.399 Gemeinden mit 495 Mio. Menschen beteiligt waren; 73% der Alten auf dem Land sollen so erfasst sein. Die Unterversorgung macht auch folgende Angabe deutlich: 5% der Alten (7 Mio.) würden gern in einem Pflegeheim wohnen, aber dort sind derzeit nur 1,5 Mio. Betten verfügbar.

Für die Zukunft ist entscheidend, dass sich die Abhängigkeitsquote (d.h. der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 16 und 64 Jahren zu den Jüngeren und Älteren) dramatisch verschlechtern wird. In der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts soll die Gruppe der Abhängigen bereits über 80% der sie Versorgenden ausmachen. Auch das Verhältnis der Beschäftigten zu den Rentnern hat sich stark verändert und wird sich weiter verschlechtern: 1990 lag es noch bei 10:1, im Jahre 2003 bei 3:1 und im Jahre 2020 wird es nur noch 2,5:1 betragen. Dazu trägt nicht nur der Alterungsprozess, sondern auch das frühe Rentenalter bei: Offiziell liegt es bei 50 für Frauen und 55 für Männer; durchschnittlich gehen aber die Beschäftigten bereits mit 51 in den Altersruhestand.

Die mangelnde staatliche Versorgung und die Notwendigkeit, sich auf die Familie zu stützen, führen immer wieder zu Forderungen, die Familienplanungspolitik der Ein-Kind-Familie zu lockern. Hier aber wird der Alterungstrend durch eine demografische Entwicklung gekreuzt, die ebenso

Besorgnis erregend ist. Bei einer Geburtenrate von 1,8 wird die chinesische Bevölkerung weiter wachsen und 1,36 Mrd. Menschen im Jahre 2010, 1,45 Mrd. in 2020 und mit 1,465 Mrd. im Jahre 2033 ihre höchste Zahl im Jahre erreichen. Daher soll auch die Ein-Kind-Politik nicht aufgegeben werden – auch nicht angesichts des wachsenden Geschlechterungleichgewichts. Die Präferenz für Jungen ist u.a. auch geprägt von der Vorsorge für das Alter, sind es doch die männlichen Nachkommen, die sich um ihre Eltern kümmern. Der chinesische Frauenverband geht in dieser Frage für das Jahr 2005 von einem Verhältnis von 123 neugeborenen Jungen zu 100 Mädchen aus, was über den Regierungszahlen von 118:100 liegt (im Jahre 2000 lag es noch bei 110:100). Einem Bericht der staatlichen Kommission für Bevölkerungs- und Familienplanung zufolge wird es im Jahre 2020 daher 30 Mio. Junggesellen geben, die keine Frau finden können. Dies könnte die soziale Stabilität beeinträchtigen. Dennoch blieb Ministerpräsident Wen auf einer nationalen Konferenz zur Bevölkerungspolitik im Dezember dabei: Die Familienplanungspolitik wird im Kern nicht geändert, sie ist Voraussetzung für Chinas Modernisierung und den Aufbau einer harmonischen Gesellschaft. (XNA, 3., 12., 16., 27.12.06, 11., 23.1.07; FAZ, 4.12.06; ST, 13., 29.12.06, 13., 24.1.07; WSJ, 11.12.06, 12.1.07; SCMP, 13.12.06, 12.1.07)